C 21734 D



SONDERNUMMER

Arbeiterkampf

Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes

F.J.Strauß – Ein Demagoge wie Hitler und Goebbels

Die Veröffentlichung einer Rede des CSU-Chefs Franz Josef Strauß im „Spiegel" hat erneut auf das wahre Gesicht dieses Mannes aufmerksam gemacht: Ein skrupelloser Politiker, dessen ganze „Karriere" gekennzeichnet ist durch eine kaum unterbrochene Kette von Skandalen; ein die Massen verachtender Demagoge, der mit Lügen, Betrug und Hetze sein Ziel der totalitären Herrschaft verfolgt.

„Erst muß die wirklich große Krise kommen ..."

In der vom „Spiegel" veröffentlichten Rede, die Strauß am 19. November in Sonthofen vor der CSU-Landesgruppe hielt, empfiehlt er der CDU/CSU vor allem immer wieder als Grundregel: **„Nur anklagen und warnen, aber keine konkreten Rezepte etwa nennen".**



Denn: *„Noch ist das Bewußtsein der Öffentlichkeit nicht auf die wirkliche große Krise so vorbereitet, daß es aus politischen Gründen richtig wäre, mit eigenen Rezepten zu kommen ...". „Die Öffentlichkeit"* sei *„noch nicht so stark schockiert, daß sie bereit wäre, die Rezepte, die wir zur langsamen Heilung der Krise für notwendig halten, in Kauf zu nehmen". „Es muß wesentlich tiefer sinken, bis wir Aussicht haben, politisch mit unseren Vorstellungen, Warnungen, Vorschlägen gehört zu werden".* **„Die Krise muß so groß werden, daß das, was wir für die Sanierung notwendig halten, dann auf einem psychologisch besseren Boden beginnen kann als noch heute".**

Strauß spricht hier also von „Rezepten" und „Vorschlägen", die er aber wohlweislich nicht beim Namen nennt. Erst wenn die „große Krise" da ist (zu der die CDU/CSU das ihrige beitragen will), sieht Strauß seine Chance gekommen, aus der sozialen Unsicherheit und Not des Volkes politisches Kapital zu schlagen. So wie 1933 Adolf Hitler will auch Strauß in einer Situation von Massenarbeitslosigkeit und Elend zur Macht gelangen. N u r in der „großen Krise" sieht Strauß die Möglichkeit, seine Vorstellungen zu verwirklichen, die da heißen sollen: **„Gürtel enger schnallen", „ranklotzen", Unterdrückung jeder politischen Opposition.** Bis es soweit ist, will Strauß mit seinen „Rezepten" geschickt das Licht der Öffentlichkeit vermeiden und sich darauf beschränken, mit allgemein gehaltener Hetze und Stimmungsmache den „psychologischen" Boden für seine Pläne vorzubereiten.

Das „dumme" Volk belügen

Ebenso wie einst Hitler und Goebbels geht auch Strauß davon aus, daß das Volk d u m m und zu vernünftigen Überlegungen nicht fähig sei. Nicht **„Sachkunde"** würde die kommenden Wahlen entscheiden – so Strauß in seiner Sonthofener Rede – sondern *„die Emotionalisierung der Bevölkerung, die Furcht, die Angst und das düstere Zukunftsbild".* In diesem Sinn betreiben Strauß und die CDU/CSU zügellos das „Geschäft mit der Angst", um ein gesellschaftliches Klima zu schaffen, in dem sie ihre Pläne durchsetzen möchten.

Strauß bedient sich auch der These von Goebbels, daß man eine Lüge nur oft genug und frech genug wiederholen müsse, damit sie schließlich Glauben findet. Dazu empfiehlt er, die CDU/CSU müßte die SPD/FDP-Regierung *„immer identifizieren damit, daß sie den Sozialismus und die Unfreiheit repräsentieren, daß sie das Kollektiv und die Funktionärsherrschaft repräsentieren und daß ihre Politik auf die Hegemonie der Sowjetunion über Westeuropa hinausläuft".* Wenn man diese ganzen Märchen nur oft genug wiederholt, wird vielleicht jemand daran glauben? ...

Ganz auf dieser Linie bezeichnete Strauß auch in seiner Rede auf dem „Politischen Aschermittwoch" der CSU in Passau am 12. Februar dieses Jahres die SPD/FDP-Regierung ständig als „s o z i a l i s t i s c h" obwohl er selbst natürlich genau weiß, daß diese Regierung mit Sozialismus so wenig zu tun hat, wie die Kuh mit dem Fliegen. Dem Ex-Bundeskanzler und SPD-Chef *„Brandt und seinen Gesinnungsgängern in der Partei"* warf Strauß in Passau gar vor, sie wollten *„diese Gesellschaft zerschlagen, zu einer sozialistischen Gesellschaft umwandeln".*

Strauß folgt hier genau der Methode der Nazis, die auch Kommunisten und Sozialdemokraten unter dem Begriff „Marxisten" in einen Topf warfen, um schließlich die brutale politische Unterdrückung b e i d e r zu verwirklichen.

Wie weit Strauß mit seiner zügellosen Hetze zu gehen bereit ist, zeigte er auch in seiner Sonthofener Rede, wo er behauptete, in den Bundestagsfraktionen (!) von SPD und FDP in Bonn säßen *„ein ganzer Haufen"* von *„Sympathisanten der Baader-Meinhof-Verbrecher".*

„Aufräumen bis zum Rest dieses Jahrhunderts ..."

Wer so spricht, beweist den Willen, s ä m t l i c h e politische Gegner, ob Anarchisten, Kommunisten oder Sozialdemokraten, zu entrechten und zu unterdrücken.

In seiner Sonthofener Rede kündigte Strauß an: **„Wir räumen so auf, daß bis zum Rest dieses Jahrhunderts von diesen Banditen keiner es mehr wagt, in Deutschland das Maul aufzumachen".** Und um zu bekräftigen, wie er das meint, fügte er hinzu: *„Zwischen kriminellen und politischen Gangstern ist nicht der geringste Unterschied".*



Gegen das Mißtrauensvotum der CDU/CSU gab es 1972 Massendemonstrationen in allen Städten der BRD

Wenn Strauß hier im Nazi-Jargon von „Banditen" spricht, mit denen er „aufräumen" will, so meint er eben keineswegs nur die „Baader-Meinhof-Gruppe" im engeren Sinn, sondern gleichfalls Kommunisten, Gewerkschafter, streikende Arbeiter, überhaupt jede Opposition gegen die Diktatur-Pläne von Strauß & Co. Er ist geschickt genug, das heute in der Regel noch nicht offen zu sagen (auch die Nazis haben das zunächst nicht getan!), aber er verrät sich, wenn er z.B. sogar in den Bun- in der Regel noch nicht offen zu sagen (auch die Nazis haben das zunächst nicht getan!), aber er verrät sich, wenn er z.B. sogar in den Bundestagsfraktionen von SPD und FDP „Sympathisanten der Baader-Meinhof-Verbrecher" sieht.

Strauß' Haßgeschrei erinnert fast wörtlich an eine ähnliche Drohung Hitlers: **„Wir haben nicht eher Ruhe, bis die letzte marxistische Zeitung vernichtet ist, die letzte Organisation erledigt ist die letzte Bildungsstätte beseitigt ist und der letzte Marxist bekehrt oder ausgerottet ist".** So sagte es Hitler schon 1926 in seiner Rede vor Hamburger Kaufleuten, Unternehmern, höheren Beamten u.ä., die für seine Pläne besonders empfänglich waren.

D a s sind die „Rezepte", die Strauß empfiehlt und mit denen er zur Täuschung des Volkes heute noch hinter dem Berge halten will: Beseitigung aller demokratischen Rechte, Mundtotmachung jeder oppositionellen Stimme, Einkerkerung oder Ermordung politischer Gegner – um auf dieser Grundlage die Ausbeutung des arbeitenden Volkes zu verschärfen, die politische und wirtschaftliche Krise des Kapitalismus zu meistern, um „Deutschland" (den deutschen K a p i t a l i s t e n!) wieder einen „führenden Platz in der Welt" zu verschaffen, um neue imperialistische Kriege zur „Befreiung" (= Eroberung, Unterwerfung und Aus- einen „führenden Platz in der Welt" zu verschaffen, um neue imperialistische Kriege zur „Befreiung" (= Eroberung, Unterwerfung und Ausbeutung) Osteuropas vorzubereiten.

Das sind die „Rezepte", zu deren Verwirklichung sich Strauß eine durch die „große Krise" verunsicherte und in Furcht versetzte Bevölkerung wünscht. Wer die CDU/CSU wählt, der wählt damit auch Strauß und seine „Rezepte"!

Strauß im Dienste des Kapitals

So wie vor 1933 das Großkapital die Nazi-Partei mit -zig Millionen unterstützte, um ihr schließlich zur Macht zu verhelfen, so stehen ein-

Fortsetzung Seite 2



Strauß in der „Spiegel-Affäre"

Einen seiner schwersten Anschläge gegen die demokratischen Rechte vollführte Strauß 1962 mit der sogenannten „Spiegel-Affäre". Er war damals noch „Verteidigungsminister" der Regierung Adenauer und mußte aufgrund dieser Affäre zurücktreten.

Als der „Spiegel" Einzelheiten über das Nato-Herbstmanöver „Fallex" veröffentlichte, die u.a. Straußens Atomwaffen-Pläne aufdeckten, sah Strauß die Stunde der Abrechnung mit dem „Spiegel" gekommen, der schon früher zahlreiche Strauß-Skandale ans Licht gebracht hatte.

Auf Veranlassung von Strauß wurden in der Nacht des 26. Oktober 1962 die „Spiegel"-Redaktionen in Hamburg und Bonn von der Polizei besetzt, mehrere Redakteure festgenommen und ihre Wohnungen „durchsucht", der „Spiegel"-Herausgeber und zwei Redakteure verhaftet. Um den für den „Fallex"-Artikel verantwortlichen Redakteur Conrad Ahlers, der gerade Urlaub in Spanien machte, „kümmerte" sich Strauß persönlich. Durch einen Telefonanruf in Spanien erreichte Strauß die Festnahme und Auslieferung von Ahlers durch die spanische Polizei.

Strauß hatte allerdings damals zu hoch gereizt. Unter den Protesten der demokratischen Öffentlichkeit kam die Angelegenheit vor den Bundestag. Dort wurde nach penetranten Lügenauftritten von F.J. Strauß („Ich habe mit der Sache n i c h t s, im Wortsinne nichts zu tun" usw.) die Wahrheit zumindest in Teilen sichtbar. Strauß mußte seinen Hut nehmen und war im Grunde politisch erledigt. Erst die S P D ermöglichte diesem Feind der Demokratie 1966 mit der „Großen Koalition" wieder die Rückkehr in ein Ministeramt, das er bis zum Ende dieser Koalition 1969 inne hatte.

Mit der für ihn typischen Dreistigkeit unternahm Strauß Anfang dieses Jahres sogar den Versuch, sich in einem Presse-Interview (mit der Bonner Zeitschrift „Expreß") von der Schuld an der „Spiegel-Affäre" reinzuwaschen. Offensichtlich verfolgt er damit die Absicht, einen der übelsten Skandale, die ihm vielleicht noch den Weg zur Kanzlerschaft versperren könnten, rechtzeitig aus dem Weg zu räumen. Der Erfolg gab ihm recht: SPD/FDP-Regierung, „Spiegel" und liberale Presse reagierten äußerst schwächlich auf diesen Vorstoß von Strauß und zeigten eindeutig, daß sie an einem Hochspielen dieser für Strauß peinlichen „Affäre" durchaus nicht interessiert sind. Also ein Hindernis weniger für die weitgesteckten Machtpläne des F.J. Strauß! Und ein weiterer Beweis für die zurückweichende Haltung dieser Kräfte gegenüber Strauß!



NIEMALS DARF ES SOWEIT KOMMEN!

Strauß:

Außenpolitisch auf Kriegskurs

Ebenso wie für die Innenpolitik hat F.J. Strauß auch für die Außenpolitik „Rezepte" bereit, über die er heute noch nicht offen spricht, sondern mit denen er die Bevölkerung erst in der „großen Krise", nach einem Wahlsieg der CDU/CSU, beglükken will.

In allgemeinen Zügen hat Strauß diese Politik schon 1966 in seinem Buch „Entwurf für Europa" niedergelegt. Aus diesem Buch sind die folgenden Zitate.

Es sei, so schrieb Strauß damals, **„höchste Zeit, die Kräfte in der Welt zu verändern"** (S.56), und zwar müsse vor allem „Deutschland" (d.h. das Großkapital) wieder **„eine Rolle in der Welt spielen"** (S.17) – so, wie schon Kaiser Wilhelm und Adolf Hitler den „Platz an der Sonne"

schon Kaiser Wilhelm und Adolf Hitler den „Platz an der Sonne"

für das deutsche Großkapital forderten, um mit dieser Parole zwei imperialistische Kriege anzuzetteln.

Strauß „Etappen" sind auf diesem Weg das Festhalten am *„Alleinvertretungsrecht der Bundesrepublik für ganz Deutschland"* (also gegenüber der DDR) und die *„Wahrung der deutschen Rechtsansprüche auf seine Gebiete jenseits von Oder und Neisse"* (S.82). Damit aber noch lange nicht genug, beansprucht Strauß eine *„moralische Aufgabe"*, die **„osteuropäischen Länder hinter dem Eisernen Vorhang"** zu **„befreien"** (S.53).

Also wieder einmal: „Heute gehört uns Deutschland, und morgen die ganze Welt", wie die Nazis sagten. Wenn Strauß dabei behauptet, diese Ziele „mit friedlichen Mitteln" und unter Einhaltung der inzwischen geschlossenen Abkommen mit der DDR, Polen und der Sowjetunion erreichen zu wollen, dann ist das mehr ein Witz. Hier verfährt Strauß offenbar wieder einmal nach dem Prinzip, seine w a h r e n „Rezepte" hinter dem Berge zu halten, allgemein zu hetzen (die SPD/FDP-Regierung würde Europa unter sowjetischen Einfluß bringen usw.), und die Stunde der „großen Krise" zur Verwirklichung seiner „Rezepte" abzuwarten.



Strauß wiederholt auch hier im Grunde nur das Vorgehen Hitlers und seiner Banditen, die

im Grunde nur das Vorgehen Hitlers und seiner Banditen, die

zuerst auch sehr großzügig mit Friedensbeteuerungen waren, „Friedensverträge" nach allen Seiten schlossen, während sie fieberhaft aufrüsteten, um schließlich Europa und die Sowjetunion mit Krieg zu überziehen.

Ein neuer imperialistischer Raubkrieg würde für unser Volk aber noch weit schlimmer enden als der letzte Krieg – er würde unser Land als Trümmerwüste und Leichenfeld hinterlassen. Diesmal gilt es, den Abenteurern im Dienste des Großkapitals r e c h t z e i t i g in den Arm zu fallen!

Fortsetzung von Seite 1

flußreiche Kapitalkreise heute hinter den „Rezepten" von F.J. Strauß.

Die Kapitalisten haben der SPD nie mehr als die Aufgabe gegeben, das Volk mit „Reform"versprechungen irrezuführen, den größten Ausbau des Polizeiapparats in der Geschichte der Bundesrepublik als Beitrag zur „inneren Sicherheit" zu verkaufen, und jetzt in der Phase des wirtschaftlichen Abschwungs und der Arbeitslosigkeit die „Sparpolitik" auf dem Rücken der arbeitenden Bevölkerung durchzusetzen. Indem die SPD damit die Erwartungen großer Teile ihrer Wähler enttäuscht, wachsen zugleich die Chancen der CDU/CSU, bei den Bundestagswahlen 1976 oder sogar noch vorher wieder „an den Drücker" zu kommen.

Strauß ist dabei kein wunderlicher Sonderling aus den bayrischen Bergen, der seine privaten Einfälle vertritt, sondern er ist der eigentliche „starke Mann" der CDU/CSU, möglicherweise deren nächster Kanzlerkandidat und auf jeden Fall der Favorit einflußreicher Kräfte des Großkapitals. Entsprechend ernst müssen die Pläne von Strauß & Co. genommen werden!

SPD und FDP: Kein ernsthafter Widerstand gegen Strauß

Nach dem Bekanntwerden der Sonthofener Rede von F.J. Strauß durch die Veröffentlichung im „Spiegel" stimmten SPD und FDP ein lautes Geschrei an: *„Strauß betreibt die Rückkehr zur Macht mit allen Mitteln, auch zu Lasten der Arbeitnehmer"* (SPD-Präsidium). *„Er will mit allen demagogischen Mitteln die SPD ausschalten"* (Wehner). Strauß ziele *„auf die Fundamente des demokratischen Rechtsstaates"* (Mischnick, Vorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion). *„Die Strauß-Rede zeigt die Verantwortungslosigkeit und den Zynismus eines ungezügelten Machtpolitikers in erschreckendem Ausmaß"* (Stellungnahme der SPD laut „Hamburger Morgenpost" vom 10.3.75).

Bei Licht besehen ist das nicht mehr als Heuchelei zu wahlpolitischen Zwecken. Welche Pläne Strauß verfolgt, zu welchen Gangstereien er dabei fähig ist, ist der SPD und FDP seit vielen Jahren bekannt. Spätestens nach der „Spiegel-Affäre" 1962, wo Strauß eine besonders kriminelle Rolle spielte und deshalb vom Amt des Verteidigungsministers zurücktreten mußte, hätte die politische Karriere dieses Mannes zu Ende sein müssen. **Wir wollen nicht vergessen, daß es ausgerechnet die S P D war, die ihm dann Ende 1966 mit der „Großen Koalition" die Rückkehr in ein Ministeramt ermöglichte.**

Wenn die SPD-Vertreter also jetzt so tun, als hätten sie soeben erst nach der Veröffentlichung von Straussens Sonthofer Rede erkannt, was Strauß ist und will, dann ist das bewußte Volksverdummung. So war denn auch von der groß angekündigten Absicht, Strauß zu verklagen (wegen der Behauptung, in den Bundestagsfraktionen von SPD und FDP gäbe es **„einen ganzen Haufen von Sympathisanten der Baader-Meinhof-Gruppen"**) schon einen Tag später nicht mehr die Rede.

Und bei der „Sicherheitsdebatte" vorm Bundestag wenige Tage darauf, beschworen SPD und FDP schon wieder, als wenn nichts gewesen wäre, gegenüber Strauß, seinem hessischen Gesinnungskumpan Dregger & Co. die **„Gemeinsamkeit und Solidarität aller Demokraten"**.

Die SPD wiederholt damit die Politik, die sie auch vor der Nazi-„Machtergreifung" 1933 betrieb: Nach links schlagen, bis in die Reihen der eigenen Partei hinein (wie z.B. das Vorgehen gegen Teile der Jusos heute zeigt), und gegenüber den Rechten und Rechtsradikalen kapitulieren und gemeinsame Sache gegen links machen. So wetteiferte die SPD auch während der „Sicherheitsdebatte" im Bundestag am 13. März mit der CDU/CSU wieder darum, wer am meisten dafür getan hat, politische Rechte abzubauen, demokratische Reformhoffnungen zu enttäuschen und unter dem Vorwand der „Terroristenbekämpfung" den Polizeiapparat aufzubauen, den Strauß & Co. zur Verwirklichung ihrer Diktatur-Pläne brauchen. ●

§ 218 – Die CDU/CSU gegen die Hoffnung von Millionen Frauen und Familien

Am 25. Februar hat das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe die vom Bundestag mit der Mehrheit von SPD und FDP beschlossene „Fristenregelung" des §218 (Freigabe der Abtreibung in den ersten drei Monaten) für „nicht verfassungsgemäß" erklärt. Diese Entscheidung war so erwartet worden, da fünf der acht Mitglieder des Gerichts Mitglieder der CDU/CSU sind oder ihr sehr nahestehen. Und auf Antrag der CDU/CSU war dieses Gericht ja zusammengetreten, um das bereits vom Bundestag (angeblich die „gewählte Volksvertretung") beschlossene Gesetz nachträglich zu Fall zu bringen.

Worum geht es der CDU/CSU dabei? Sie weiß natürlich auch, daß nach dem Scheitern der „Fristenregelung" kaum wesentlich weniger Abtreibungen vorgenommen werden, sondern weiterhin Jahr für Jahr Hunderttausende Frauen den Weg des Schwangerschaftsabbruchs gehen. Nur werden sie das nach wie vor „illegal" machen müssen, häufig in Furcht und zahlreichen Demütigungen ausgesetzt, raffgierigen Ärzten ausgeliefert (die in der Öffentlichkeit oftmals mit scheinheiligem moralischem Pathos als angebliche Abtreibungsgegner auftreten), vielfach auch unter grauenvollen hygienischen und medizinischen Bedingungen, die Tod oder Verletzung Tausender von Frauen zur Folge haben. Die CDU/CSU will gerade diese Zustände erhalten, weil sie in der staatlichen Bevormundung der Familien und vor allem in der besonderen Unterdrückung und Entwürdigung der Frau eine der wichtigsten Voraussetzungen für die politische Unfreiheit i n s g e s a m t sieht.

Diese Politik wird zynisch bemäntelt mit der strapazierten Parole vom „Schutz des ungeborenen Lebens". Aber woher kommt es wohl, daß gerade in der BRD, die angeblich das „ungeborene Leben" sorgfältiger schützt als die meisten ihrer Nachbarstaaten (in denen schon „Fristenregelungen" in Kraft sind), daß also ausgerechnet die BRD die höchste Säuglingssterblichkeit in Europa hat – eine Säuglingssterblichkeit, die auf dem Niveau eines „unterentwikkelten" Landes der „Dritten Welt" steht? Das kommt, weil diesen Phrasendreschern (ob bei SPD/FDP oder CDU/CSU) jeder Pfennig zuviel ist, um durch Verbesserung der gesundheitlichen Versorgung usw. das einmal geborene Leben zu schützen.

Außerdem läßt sich feststellen, daß gerade die CDU/CSU und die Springerpresse, die sich am lautesten des „ungeborenen Lebens" annehmen, auch am meisten Kriegshetze betreiben: Die Kriegsdrohungen Kissingers gegen die arabischen Staaten unterstützten, den Aggressionskrieg der USA in Indochina unterstützten usw. Die katholische Kirche gar, angeblich Anwalt des „ungeborenen Lebens", stand während Hitlers verbrecherischer Kriege mit dem Weihwasser bereit, um die Waffen zu „segnen" und somit der größten Menschenvernichtung der Geschichte ihren „Segen" zu erteilen.

Nach dem der CDU/CSU genehmen Urteil des Bundesverfassungsgerichts haben SPD und FDP erklärt, sie würden jetzt „die Frauen nicht im Stich lassen" (Willy Brandt) und ähnliche schöne Worte gemacht. Tatsächlich ist mit dem Spruch des Bundesverfassungsgerichts, den SPD und FDP unbedingt „respektieren" wollen, die Grenze für eine „Lösung" im Sinne der CDU/CSU gezogen, d.h. der fast totalen Beibehaltung des § 218 und damit der staatlichen Bevormundung der Familien und der Entwürdigung und Entrechtung der Frauen.

Deshalb geht es darum, sich nicht damit zu b e g n ü g e n, „Adressen" zu suchen und mit schlechtem Gewissen raffgierige Ärzte oder Pfuscher aufzusuchen, sondern auf jeden Fall den Kampf zur ersatzlosen Streichung des § 218 beharrlich fortzusetzen – mit Aktionen während der kommenden Bundestagsdebatten über den § 218, mit der Einbeziehung dieses Themas in die Demonstrationen zum 1. Mai und mit der Festlegung weiterer Schritte, wie es z.B. die Organisierung eines jährlichen Aktionstages gegen den § 218 am 25. Februar (dem Tag der Urteilsverkündung des Verfassungsgerichts) sein könnte. ●



Hier sieht man, warum der Staat so viel Wert auf den „Schutz des ungeborenen Lebens" legt – damit er das geborene Leben im Krieg verheizen kann! Dieses riesige militaristische Monstrum, dessen Inschrift („Deutschland muß leben – und wenn wir sterben müssen!") das imperialistische Massenschlachten rechtfertigen soll, steht immer noch mitten in Hamburg, in der Nähe des Dammtorbahnhofs.

Faschistischer Militärputsch niedergeschlagen

– Kriegsgefahr wächst –

Was seit Wochen und Monaten die reaktionäre Presse Westdeutschlands beschwor, ging am Dienstag, den 11. März in Erfüllung: reaktionäre und faschistische Teile der portugiesischen Luftwaffe und Polizeitruppen versuchten, – in enger Zusammenarbeit mit Spitzenvertretern des Großkapitals und der CDS und PDC (Schwesterparteien der westdeutschen CDU/CSU) – einen Militärputsch durchzuführen.

Auftakt war die Bombardierung des Flugplatzes von Lissabon und einer nahegelegenen Artilleriekaserne, in der das RAL-1 (Leichtes Artillerie-Regiment 1) stationiert ist.

Dieses Regiment gehört zum COPCON und gilt als das fortschrittlichste Regiment des Heeres. Beim letzten Putschversuch derselben Kräfte am 28. September 74 war es als erste Einheit zum Kampf gegen die Faschisten ausgerückt und hatte später gemeinsam mit bewaffneten Militanten der revolutionären Linken Straßensperren und Kontrollen durchgeführt.

Nach den Bombenflugzeugen folgten Hubschrauber, die Fallschirmjäger aus der Garnision Tancos, der „Hochburg" Spinolas innerhalb der Luftwaffe, absetzten.

Da sich die Artilleriesoldaten jedoch sofort zu verteidigen begannen, blieb der Angriff stecken. Unmittelbar nach dem Eintreffen der Fallschirmjäger trafen Arbeiter aus Lissaboner Großbetrieben auf Lastwagen ein, die sich mit Brechstangen, Vorschlaghämmern und anderen Werkzeugen bewaffnet hatten, um die Faschisten zu bekämpfen.

Sie begannen sofort, mit den Fallschirmjägern, denen offensichtlich die Kampflust schnell vergangen war, zu diskutieren und sie auszufragen. Wohl unter dem Eindruck des Kräfteverhältnisses erklärten die Angreifer schließlich, sie seien von ihren Vorgesetzten irregeleitet worden. Man habe ihnen gesagt, das RAL-1 plane einen „linksradikalen Putsch" gegen die Regierung und das MFA. Schließlich gaben sie ihre Waffen ab.

Gleichzeitig mit dem Bombenangriff haben in Lissabon Einheiten der GNR (Republikanische Nationalgarde, eine kasernierte Polizeitruppe, die sich bisher allen Entnazifizierungsversuchen widersetzt hatte), losgeschlagen. Sie besetzten vorübergehend den privaten Rundfunksender „Rádio Clube Portugês" und zerstörten seine
privaten Rundfunksender „Rádio Clube Portugês" und zerstörten seine
Sendeanlage. Beim Versuch, auch den staatlichen Sender RTP zu besetzen, scheiterten sie, weil COPCON-Einheiten schon vor ihnen da waren.

Die Arbeiter und Redakteure des kirchlichen Senders „Rádio Renascenca", die seit 14 Tagen gegen klerikale Bevormundung streikten, unterbrachen sofort den Streik, um den Sender für den Kampf gegen die Faschisten zu nutzen.

Schon kurz nach dem Luftangriff zirkulierten in der ganzen Stadt Flugblätter und Aufrufe, in denen das Volk zur Wachsamkeit und zum Kampf angehalten wurde.

An den Ausfallstraßen wurde bereits mit dem Barrikadenbau begonnen, die Menschen versammelten sich auf den Straßen und Plätzen.

Gleichzeitig zogen in der ganzen Stadt MFA-Truppen auf.

Angesichts dieser Mobilisierung gaben auch die letzten GNR-Einheiten den aussichtslosen Kampf auf. Sie räumten das GNR-Hauptquartier. Vier hohe GNR-Offiziere flüchteten dorthin, wo sie die größte Unterstützung erwarten konnten: in die Botschaft der BRD!

Zur selben Zeit flüchtete Spinola mit Frau und 18 Komplizen vom Luftwaffenstützpunkt Tancos per Hubschrauber nach Spanien.

Der faschistische Sumpf wird trockengelegt

Unmittelbar nach der Niederschlagung des Putschversuches begann das COPCON mit breitester Unterstützung der Bevölkerung damit, namhafte Faschisten, Drahtzieher und Teilnehmer des Putschversuchs zu verhaften. An diesen Aktionen nahmen insbesondere bewaffnete Militante revolutionärer Organisationen teil. Revolutionäre Gruppen richteten Büros ein, in denen motorisierte „Eingreifmannschaften" stationiert wurden, die von der Bevölkerung jederzeit alarmiert werden konnten. Über den Staatsrundfunk wurden die Telefonnummern dieser Büros bekanntgegeben und die Bevölkerung aufgefordert, verdächtige Vorkommnisse unverzüglich anzuzeigen.

Unter anderem wurde General Galvao de Melo verhaftet, der bereits einer der Hauptorganisatoren des Putschversuchs vom 28. September war. Melo unterhält freundschaftliche Beziehungen zu CDU/CSU-Größen und war als Spitzenkandidat der CDS (die als „Schwesterpartei" von der CDU finanziert wird) für die Aprilwahlen aufgestellt worden. An der spanischen Grenze wurden sechs Vertraute von Spinola geschnappt, darunter ein Angehöriger der Imperialistenfamilie Champalimaud. Vier Mitglieder der Imperialistensippe Espirito Santo (Heiliger Geist!) und der Präsident des Aufsichtsrates des Banso do Alentejo (Großbank), Santos Mealha, (Quina-Konzern) wurden ebenso verhaftet.

Außerdem werden zwei Mitglieder der Melo-Familie, die den größten Konzern des Landes (CUF – Companhia Uniao Fabril) besitzt, die Direktoren der Zeitungen „Jornal do Sul" und „Liberdade" sowie der Kommandeur der Militärregierung Tomar aus dem Verkehr gezogen und hinter Schloß und Riegel gesetzt.

Am Dienstagabend formierte sich vor der BRD-Botschaft, in die sich die GNR-Offiziere geflüchtet haben, eine riesige Demonstration. Die Demonstranten fordern die Auslieferung und riefen „Volksjustiz!", „Deutsche Faschisten raus!" und „Deutsche Botschaft raus aus Portugal!"

Der deutsche Botschafter Caspary, der versuchte, mit der Regierung über „freies Geleit" nach Spanien für seine Schützlinge zu verhandeln, wurde mit Steinen beworfen.

Die Demonstranten belagerten die Botschaft so lange, bis sich die vier Faschisten schließlich von COPCON-Leuten gefangennehmen ließen.

In mehreren Städten wurden die Parteibüros der drei Rechtsparteien PPD („Volksdemokraten"), CDS („Soziales und demokratisches Zentrum") und PDC („Christdemokraten") gestürmt und teilweise niedergebrannt. – Diese drei Parteien waren maßgeblich am Putsch beteiligt, bereiteten
lich am Putsch beteiligt, bereiteten
ihn zusammen mit reaktionären Militärs vor. Alle drei Parteien sind von alten Faschisten durchsetzt und betrieben bisher eine scharf antidemokratische Politik und antikommunistische Hetze. Die BRD – und hier wiederum besonders die CDU/CSU – haben diese Parteien bisher reichlich finanziert. In die Kassen dieser Parteien flossen bisher schon Millionen Steuergelder aus Westdeutschland. – Es ist kennzeichnend für das politische Klima in der BRD, daß gerade diese drei reaktionären, faschistischen Parteien von der gesamten BRD-Presse als „demokratisch", „liberal", „Parteien der Mitte", „der linken Mitte" usw. gekennzeichnet wurden, währenddessen demokratische Parteien als „extremistisch" etc. verteufelt wurden!

Das MFA zieht Konsequenzen

Am 12. März tagte eine Versammlung des MFA (Bewegung der Streitkräfte), auf der weitreichende Beschlüsse gefaßt wurden, um möglichst künftige Gefährdungen von rechts auszuschalten:

- Bildung eines Revolutionsrats. Er soll Exekutivorgan einer ebenfalls zu bildenden Versammlung der Bewegung der Streitkräfte werden. Bisher war das MFA ausschließlich auf Offiziere beschränkt. Offensichtlich sollen an den Wahlen innerhalb der Armee künftig auch Soldaten und Unteroffiziere beteiligt werden.
- Sofortige Institutionalisierung des MFA. Das bedeutet, daß das MFA eine Anzahl Sitze in der Verfassungsgebenden Versammlung einnehmen wird und bis auf weiteres die Verantwortung für die Staatsführung übernehmen wird.
- Intensivierung der „Campanhas de Dinamizacao Cultural" (Kulturkampagnen), die politischen Aufklärungskampagnen, die das MFA hauptsächlich auf dem Land durchführt.
- Die Wahlen werden wie vorgesehen im April abgehalten.
- Ministerpräsident Vasco Goncalvez erhält Vollmachten, eine Regierungsumbildung vorzunehmen, „die der Regierung ein festeres Handeln nach dem Programm der Streitkräfte erlaubt".

Damit wird im wesentlichen gemeint sein, daß die PPD-Mitglieder aus der Regierung entfernt werden, und Vertreter der „Demokratischen Volksbewegung" (MDP, linke Demokraten, Linkskatholiken und Revisionisten) aufgenommen werden.

- Ausschluß führender Konspirateure aus der Armee.
- Sofortige Umbesetzung einiger Kommandos
- Auflösung aller Armee-Einheiten, in denen Putschisten saßen.

Der Revolutionsrat soll offensichtlich eine Zusammenfassung von Junta und Koordinationskommission des MFA werden und den bisherigen Staatsrat ersetzen.

Einen Tag später tagte bereits der Revolutionsrat.

Sein wichtigster Beschluß war die Verstaatlichung der Banken. Ausgenommen sind Sparkassen, landwirtschaftliche Banken und ausländische Kreditinstitute.

Ausländische Banken, von denen es in Portugal ohnehin nur zwei gibt, haben so gut wie keine Bedeutung. Da in Portugal Finanz- und Industriekapital besonders eng verflochten sind, kommt der Verstaatlichung der Banken eine ungeheure Bedeutung zu. Sie sind die Schaltzentralen der großen und mittleren Industrie!

Die Banken waren am Nachmittag des 11. März geschlossen worden und wurden von den Angestellten besetzt und kontrolliert.

Nach der Veröffentlichung dieses Beschlusses riefen die „Linksparteien" zu einer Unterstützungsdemonstration auf, zu der auch die sozialdemokratische PSP, die vor kurzem noch scharf gegen die Verstaatlichung der Banken Stellung genommen hatte, aufrief. Die PSP hat ihre in den letzten Monaten auf Druck der westdeutschen SPD betriebene scharfe antikommunistische Kampagne eingestellt, oder zumindest stark reduziert, um ihr Gesicht vor den Volksmassen – angesichts der neuen Tatsachen – nicht
sichts der neuen Tatsachen – nicht
völlig zu verlieren.

Inzwischen wurden auch die Versicherungen verstaatlicht.

BRD- und US-Imperialismus sind die Drahtzieher

Schon vor dem Putschversuch vom 28. September war dem linken Flügel des MFA sowie großen Teilen der Bevölkerung klar, daß die Hauptgefahr für das junge demokratische Portugal vom US- und BRD-Imperialismus kommt.

Im September fanden in ganz Portugal große Chile-Solidaritäts-Aktionen statt, bei denen auf die Gefahr einer US-Intervention auch für Portugal hingewiesen wurde.

Als nach dem gescheiterten Septemberputsch der amerikanische Botschafter in Lissabon abgelöst wurde, (er hatte im Zusammenhang des September-Putsches in den Augen Kissingers „versagt") und durch den Putsch- und CIA-„Diplomaten" Franco Carlucci ersetzt wurde, war klar, daß der US-Imperialismus einen Putsch nach Chile-Muster vorbereiten würde. Inzwischen hat sich die Personalstärke der amerikanischen Botschaft vervielfältigt und CIA-Agenten und -Führer gehen in Portugal ein und aus (vergleiche AK 56: „Imperialisten drohen Portugal mit Krieg").

In der Vergangenheit hat es der US-Imperialismus nicht an Erpressungsmanövern fehlen lassen. Prominenter Briefträger solcher Erpressungen war zum Beispiel Willy Brandt, der anläßlich eines Besuchs beim PSP-Kongreß der portugiesischen Regierung Kissingers Interventionsdrohungen überbrachte.

Ein Einschüchterungsversuch waren auch die Nato-Manöver, die Anfang Februar in Portugal stattfanden, und bei denen Landungsmanöver und Luftangriffe auf portugiesische Städte geübt wurden.

UNSER WEG, Zeitschrift des Kommunistischen Bundes zu aktuellen Fragen der Arbeiterbewegung

Anzahl

○ **Nr. 23**
Zusammenarbeit und Auseinandersetzung mit der „KPD"
Selbstkritik Marke KBW
Arbeitsordnung Blohm & Voss
Berufsbildung in Stufen
Zur Westeuropäischen Chile-Konferenz
49 Seiten DM 2,50

○ **Nr. 24**
„Das Programm des KBW – Wegweiser nach rechts"
PIP-PERSIS-PROFIT – Rationalisierungen im Angestelltenbereich –
Zur Lage der unterentwickelt gehaltenen Länder
44 Seiten DM 2,–

Bücher und Broschüren

○ **Palästina**
Interviews und Gespräche mit Kämpfern der PLO, Fatah, PFLP und PFLP-Allgemeine Fphrung
120 Seiten, Großformat DM 6,–

○ **Die chinesische Kulturrevolution**
in Dokumenten, Nachdrucke von ausgewählten Artikeln der „Peking Rundschau" aus den Jahren 1966 und 1967
134 Seiten, Großformat DM 8,–

○ **UNSER WEG Revisionismuskritik**
160 Seiten, Buchformat DM 4,50

○ **Die politische Macht kommt aus den Gewehrläufen**
Nachdrucke von Texten zu Fragen des bewaffneten Kampfes
250 Seiten, Buchformat DM 4,50

○ **Gegen die schrittweise Faschisierung von Staat und Gesellschaft**
Nachdrucke von Artikeln unserer Zeitung ARBEITERKAMPF zur Frage der schrittweisen Faschisierung von Staat und Gesellschaft
160 Seiten, Buchformat DM 4,50

○ **Kampf dem Faschismus**
Nachdrucke von Texten der Kommunisten aus den Zwanziger und Dreißiger Jahren zum Thema Faschismus
350 Seiten, Buchformat DM,6,50

○ **Deutsche Revolution von 1918 bis 1923**
192 Seiten, Buchformat DM 8,–

○ **Weiter vertreiben wir folgende Bücher, die vom Arbeiterbuch herausgegeben sind:**

○ **Eins teilt sich in zwei**
Originaltexte der chinesischen Kulturrevolution
209 Seiten, Buchformat DM 6,–

○ **Ernst Thälmann – Über Gewerkschaften**
Beiträge auf dem 10. Plenum des EKKI, Juli 1929 zum Kampf um die revolutionäre Klassenlinie und die revolutionäre Einheit in den reformistischen Gewerkschaften
100 Seiten, Buchformat DM 3,–

○ **Iwan Popow – Als die Nacht verging**
Der Roman umfaßt einen kurzen Zeitraum gegen Ende der „Stolypinschen Reaktion", dieser schwersten und finstersten Zeit für das russische Proletariat, die auf die Revolution von 1905 folgte
Teil 1 und Teil 2
Reaktion", dieser schwersten und finstersten Zeit für das russische Proletariat, die auf die Revolution von 1905 folgte
Teil 1 und Teil 2 je DM 6,–

○ **Hermann Remmele – Schritt halten!**
Warum muß der Kampf gegen zwei Fronten gerichtet werden?
Schrift von 1930 gegen den Links- und Rechtsopportunismus in der KPD
100 Seiten, Buchformat DM 3,–

Preise zuzüglich Portokosten

Abonnement

ARBEITERKAMPF Zeitung des Kommunistischen Bundes
erscheint dreiwöchentlich

○ für 6 Ausgaben	ab Nr.		DM 4,80
○ für 12 Aosagen	ab Nr.		DN 9,60
○ Förderabo für 6			
○ für 6 Ausgaben	ab Nr.		DM 4,80
○ für 12 Ausgaben	ab Nr.		DM 9,60
○ Förderabo für 6 Ausgaben	ab Nr.	ab	DM 6,–
○ Förderabo für 12 Ausgaben	ab Nr.	ab	DM 12,–

REBELL Jugendzeitung des Kommunistischen Bundes
erscheint sechswöchentlich

○ für 6 Ausgaben	ab Nr.		DM 4,80
○ für 12 Ausgaben	ab Nr.		DM 9,60
○ Förderabo für 6 Ausgaben	ab Nr.	ab	DM 6,–
○ Förderabo für 12 Ausgaben	ab Nr.	ab	DM 12,–

DIE INTERNATIONALE Zeitung des Kommunistischen Bundes für den proletarischen Internationalismus
erscheint sechswöchentlich

○ für 6 Ausgaben	ab Nr.		DM 4,80
○ für 12 Ausgaben	ab Nr.		DM 9,60
○ Förderabo für 6 Ausgaben	ab Nr.	ab	DM 6,–
○ Förderabo für 12 Ausgaben	ab Nr.	ab	DM 12,–

UNSER WEG Zeitung des Kommunistischen Bundes zu Fragen der Arbeiterbewegung

für 8 Ausgaben ab Nr. DM 8,–

Anschrift: ______________________

______________ ______________
(Datum) (Unterschrift)

Verlags-Katalog **kostenlos**

In diesem Katalog sind unsere herausgegebenen Broschüren und Bücher mit jeweils kurzer Inhaltsbeschreibung aufgeführt. Der Katalog bietet insofern auch eine gute Unterstützung für die Arbeit mit interessierten Kollegen und Freunden.

Fortsetzung von Seite 3

Schon am 13. März kursierten Gerüchte in Lissabon, eine ausländische Intervention würde erfolgen.

Daraufhin errichteten Mitglieder revolutionärer Organisationen in vielen Städten Portugals Barrikaden. Vor allen wichtigen Gebäuden in Lissabon zogen Panzer und Flak-Geschütze auf.

In der Nacht tauchten dann vor der Küste tatsächlich Nato-Schiffe auf, darunter ein amerikanischer Flugzeugträger.

Dieser Vorgang wurde von der COPCON-Führung als „zufällig, wenn auch in seiner Wirkung leicht provokativ" bezeichnet.

Carvalho erklärte kurz darauf US-Botschafter und CIA-Agent Carlucci zur „unerwünschten Person". Inzwischen wurde er auch von der Regierung zur Ausreise aufgefordert.

Ein weiterer schräger Vogel hockte am 11. März auf der Flughafenterrasse des Lissaboner Flugplatzes und besah sich aus sicherer Distanz den Angriff der Putschisten: der Staatssekretär Moersch aus dem Bonner Außenministerium. „Ganz zufällig" hatte er auf seinem Rückflug aus den USA (und wahrscheinlich mit direkter Weisung von dort) in Lissabon eine kleine Zwischenlandung gemacht! Zu diesem Zufall gesellte sich eine Hetzkampagne in der westdeutschen Presse, die insbesondere in der Springerpresse schon seit Wochen läuft, als direkte Vorbereitung einer Intervention.

Ein weiterer „Zufall" dieser Art ist es zweifellos, daß sich die vier GNR-Faschisten ausgerechnet in dic BRD-Botschaft geflüchtet haben. (Zur Erinnerung: nach dem Putsch in Chile gab der westdeutsche Botschafter in Santiago wortreiche Erklärungen ab, warum man nach dem Prinzip der Nichteinmischung keinerlei politische Flüchtlinge habe aufnehmen können!)

Gerade aus der BRD wurde wiederholt massiv in die portugiesische Innenpolitik eingegriffen. So hat Brandt bei dem erwähnten Besuch die PSP-Führung unter Druck gesetzt, es dürfe auf gar keinen Fall zu einem „Volksfrontbündnis" mit der revisionistischen PCP kommen. Andernfalls werde die SPD jegliche Unterstützung für Soares & Co. streichen.

Aber auch die CDU hat sich nicht lumpen lassen, wenn es darum ging, die portugiesischen Faschistenfreunde zu unterstützen. So ist Kai-Uwe von Hassel als Präsident der EUCD (Union Europäischer Christdemokraten) beim CDS-Kongreß in Porto gewesen, der von den portugiesischen Antifaschisten unterbunden wurde, und hat gleichzeitig den Vorschlag gemacht, auch die zweite portugiesische Rechtspartei, die PDC, in die EUCD aufzunehmen, weil er überzeugt war, daß auch sie *„in unserer Richtung arbeitet"*, wie er sich ausdrückte, und womit zweifellos die putschistische Richtung gemeint war (Hassel in „Deutsche Zeitung", 31.1.75).

Neben der strategischen Bedeutung, die Portugal für die Nato und damit auch für die Westdeutschen Imperialisten hat, gibt es aber auch eine Reihe weiterer Anreize für eine Intervention in Portugal, die die „FAZ" vom 15.3. unter der Überschrift *„Die Wirtschaft befürchtet weitere Eingriffe des Revolutionsrats"* beschrieb. Darin heißt es, unter den weiteren Überschriften *„Wachsende Unsicherheit bei den Unternehmen. Gewerkschaften treten zunehmend in den Vordergrund"* daß BRD-Unternehmer die Verstaatlichung der Banken als *„Bestätigung ihrer Befürchtungen"* empfunden haben. *„Weitere Staatseingriffe und damit Hand in Hand eine zunehmende Bürokratisierung sowie ein wachsender Einfluß sozialistischer Ideen auf die Wirtschaftspolitik des Landes gelten als gewiß. Staatseingriffe werden vor allem in den als national wichtig erachteten Industrien, aber auch in Branchen wie der Pharmaindustrie befrüchtet."*

Und die „Zeit" vom 28. Februar ergänzt *„Die meisten Zweigbetriebe der deutschen Textilfirmen und Multinationalen wie Bosch, Bayer, Hoechst, Schering, Bertelsmann und Siemens arbeiten nur noch auf Sparflamme"*.

Kriegsgefahr wächst!

Der gescheiterte Putsch vom 11. März war bereits der dritte Versuch reaktionärer und faschistischer Kräfte im Auftrag der portugiesischen Kapitalisten und des US- und BRD-Imperialismus, den portugiesischen Demokratisierungsprozeß zu unterbrechen und zurückzudrängen.

Bereits im Juni 74, nur etwa 10 Wochen nach der Zerschlagung des faschistischen Caetano-Regimes, versuchte der damalige rechte Regierungschef Carlos durch provokatorischen Rücktritt (dem sich vier rechte Minister anschlossen), eine Reihe arbeiterfeindlicher Gesetze (Verbot „wilder" Streiks, Lohnfestsetzung, Pressezensur etc.) durchzusetzen. Abgerundet wurde dieser reaktionäre Coup durch die Erpressung des damaligen Staatspräsidenten Spinola, ein Präsidial-System als Regierungsform (nach Muster des gaulistischen Systems in Frankreich) zu fordern. Es kam zur ersten scharfen Regierungskrise, die allerdings zugunsten der Linken ausging: die rechten Minister wurden abserviert und durch linke Militärs ersetzt, Spinola erlitt innerhalb des MFA eine verheerende Abstimmungsniederlage und wurde scharf verwarnt. Die Arbeiterklasse ging massenhaft auf die Straße und brachte klar zum Ausdruck, daß sie einen Rechtsruck in Regierung und Staatsapparat nicht kampflos hinnehmen würde.

Ein zweiter Putschversuch gegen die junge portugiesische Demokratie erfolgte wenige Monate später, nämlich Ende September. Eine reaktionäre Generals-Clique um Spinola und Melo rief im Verbund mit den Rechtsparteien CDS und PDC die sogenannte „Schweigende Mehrheit" auf, sich stärker in die Politik einzuschalten, die „anarchistischen Umtriebe in Portugal" (gemeint waren die Streiks, Betriebsbesetzungen und Demonstrationen der Arbeiterklasse und der Linken) zu beenden. Es kam zu einer Reihe faschistischer Provokationen und Übergriffe im ganzen Land, für den 28. September war ein Massenaufmarsch der gesamten Rechten in Lissabon geplant, in dessen Verlauf bewaffnete Faschisten-Trupps und Spinola-Anhänger in Armee und Polizei die Macht ergreifen sollten.

Auch dieser Putschversuch scheiterte kläglich. Lissabon wurde von den Arbeitern besetzt, die Bewegung der Streitkräfte solidarisierte sich mit den z.T. bewaffneten Arbeitern und kontrollierte zusammen mit diesen alle Zufahrtswege in die Hauptstadt. Die Marine ließ durch ihren Befehlshaber, Admiral Rosa Coutinho öffentlich verkünden, daß im Falle eines Aufmarsches der Rechten, die Marine unverzüglich ihre Waffenkammern öffnen würde, um die Arbeiter zu bewaffnen.

Angesichts dieser Lage, mußte der Aufmarsch und geplante Putsch der Rechten abgesagt werden. Spinola & Co. wurden aus allen öffentlichen Ämtern gejagt, viele Faschisten verhaftet, Waffenlager der Rechten ausgehoben usw.

Angesichts dieser Lage und der sich enorm verschärften Kämpfe der portugiesischen Arbeiterklasse (vergl. AK-57, „Offensive der portugiesischen Arbeiterklasse"), kann kaum erwartet werden, daß der Putsch-Versuch vom 11. März der letzte war. Vieles spricht dafür, daß früher oder später eine direkte Invasion der US-Flotte bevorsteht. Die bisherigen Putsch-Versuche der Rechten zeigen eine ständige Eskalation: Der Juni-Putsch war noch ein sogenannter „konstitutioneller Putsch", also eine versuchte Machtverschiebung in Regierung und Staatsapparat mithilfe einer inszenierten „Regierungskrise" und den Mitteln provokatorischer Rücktritte und erpresserischer Forderungen. Der September-Putsch sollte eine reaktionäre Massenbewegung gegen die kämpfenden Arbeiter auf die Beine bringen, in deren Schutz bewaffnete Provokationen und die Machtübernahme in der Regierung bewirkt werden sollte. Der März-Putsch war bereits ein rein militärisches Unternehmen. Diese Entwicklung zeigt u.E. zweierlei: Zum einen isolieren sich die Reaktionäre zusehens, schmilzt ihre soziale Basis im portugiesischen Volk wie ein Schneeball in der Sonne. Diese Entwicklung geht einher mit der schrittweisen ökonomischen Entmachtung der portugiesischen Bourgeoisie durch zunehmende Betriebsbesetzungen (derzeit über 250 Industriebetreibe in ganz Portugal) und der Übernahme und Kontrolle der Produktion durch die Arbeiter selbst, eine Entwicklung, die sich auf dem Lande in der Besetzung großer Ländereien durch Landarbeiter und Kleinbauern, in der Übernahme der Universitäten durch demokratische Lehrkräfte und v.a. durch die Studenten selbst wiederspiegelt. – Andererseits zeigt die Entwicklung, daß die Reaktion immer wilder wird, jede Zurückhaltung ablegt; zeigt, daß die Imperialisten auf dem „normalen" Weg ökonomischer Erpressung, innenpolitischer Einmischung, geheimdienstlicher Wühlarbeit, Bestechung bürgerlicher Politiker nicht mehr vorankommen, daß Portugal ihrem Machtbereich schrittweise zu entweichen droht. In einer solchen Situation haben die Imperialisten – allen voran die USA – sich noch nie vor einem offenen Krieg, einer militärischen Intervention und brutalen Niederschlagung aller demokratischen Kräfte gescheut. Die BRD-Imperialisten – und hierbei insbesondere die CDU/CSU – werden ganz sicher jede Aggression gegen Portugal unterstützen; das zeigt ihre bisherige Politik gegenüber Portugal (seit dem 25. April 74) glasklar. – Die westdeutsche Linke, alle Demokraten müssen auf der Hut sein!

Portugal/Spanien-Kommission
KB-Gruppe Hamburg



Marsch der Werftarbeiter von Lisnave durch Lissabon: Rausschmiß aller Faschisten – Für Streikrecht – Gegen Aussperrung

lieren sich die Reaktionäre zusehens,
Marsch der Werftarbeiter von Lisnave durch Lissabon: Rausschmiß aller Faschisten – Für Streikrecht – Gegen Aussperrung

IMPRESSUM
Arbeiterkampf
Herausgeber – Druck – Verlag J. Reents, Verlag ARBEITERKAMPF 2 Hamburg 13, Rutschbahn 35, verantw. Redakteur: Kai Ehlers, Auflage: 110 000
Dresdner Bank, Kto. Nr. 461 8378 J. Reents, und: Postscheckkonto Hamburg Nr. 240 595, J. Reents